

**Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK)
am 25./26 Mai 2023 in Potsdam**

TOP 6.8 **Fortschreibung des Datenaustauschstandard XFamilie-Pilot und
Bedarf einer Standardisierung der Datenübertragung im
Familienbereich**

Antragsteller: **HB**

Beschluss:

Die Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) fasst folgenden Beschluss:

1. Die Jugend- und Familienministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder begrüßen die bisherigen Ergebnisse der gemeinsamen Entwicklung von Konzepten für die Standardisierung der Datenübertragung im Sozial- und Familienbereich zwischen den Ländern Nordrhein-Westfalen und Bremen.
2. Die Jugend- und Familienministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder nehmen zur Kenntnis, dass der unter der Federführung Bremens entwickelte Datenaustauschstandard XFamilie-Pilot als Schnittstelle für die Anbindung der Fachverfahren ein zentraler Bestandteil der IT-Architektur der EfA-Dienste im Themenfeld Familie & Kind des Onlinezugangsgesetzes sowie der Datenabruf- bzw. -austauschverfahren gem. § 108a SGB IV und § 203 SGB V ist.
3. Der Datenübertragungsstandard XFamilie-Pilot bietet Potentiale, um den Datenaustausch zwischen Behörden, die mit der Durchführung von Familienleistungen befasst sind, zu vereinfachen. Dies gilt für Bundes- ebenso wie für Landes- und Kommunalbehörden. Die Jugend- und Familienministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder sprechen sich daher dafür aus, dass in Zukunft eine flächendeckende Nutzung von Standards zum Datenaustausch im Familienbereich erreicht werden soll, um den Datenaustausch zwischen den betroffenen Behörden auf allen Ebenen zu vereinfachen.
4. Die Jugend- und Familienministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder bitten das Land Bremen, bis zur Sitzung der JFMK in 2025 im Länderkreis eine Prüfung vorzunehmen, inwiefern XFamilie-Pilot über den Einsatz über den bisherigen

Anwendungsbereich hinaus als Datenaustauschstandard im Familienbereich geeignet sein kann und wie ein gemeinsame getragener Betrieb unter Einbindung von Bund, Ländern und Kommunen erfolgen kann.